

Stellungnahme zur aktuellen Instruktion der Kleruskongregation

Mitten in der Urlaubszeit wurde die Instruktion der Kongregation für den Klerus: „Die pastorale Umkehr der Pfarrgemeinde im Dienst an der missionarischen Sendung der Kirche“ veröffentlicht. Seither reißt die Kritik an dieser Instruktion nicht ab und Bischöfe, Theolog*innen, Mitarbeitende und Katholikenvertreter*innen äußern sich. Als Vorstand der Stadtversammlung der Frankfurter Katholik*innen schließen wir uns mit unserer Kritik an. Es bedarf einer entschlossenen Veränderung, keinem „Weiter wie bisher“, keinem Lücken suchen und ausnutzen; denn das passt nicht zu unserem Bild der aufbrechenden und glaubwürdigen Kirche.

Die Strukturen müssen diskutiert und verändert werden!

Die Instruktion beginnt mit der Ermutigung aller Getauften, in die Welt aufzubrechen und auf die gesellschaftlichen Veränderungen mit neuen Angeboten zu reagieren. Hier ist die Kirche, das Volk Gottes, als Verkündigerin des Glaubens unterwegs zu den Menschen. Nun sollte man meinen, dass diesen neuen Anforderungen auch der dafür notwendige erweiterte strukturelle Spielraum eingeräumt wird. Doch weit gefehlt: an den Strukturen soll nicht gerüttelt werden. Die Rolle des Pfarrers in seiner Pfarrei wird vielmehr eingeschärft und sogar zugespitzt. Pfarrer sollen es sein, die in der Pfarrei Dynamik erzeugen, über den rechten Weg entscheiden, ihre folgsame Herde zur Mitarbeit anhalten. Es wird nochmals klargestellt: Predigten sind Priestern vorbehalten, nur der Pfarrer hat letztlich die Leitung inne, er repräsentiert die Pfarrei in allen Rechtsgeschäften und nach außen und er allein entscheidet. Er allein hat die Macht.

Die Verdeutlichung, dass die Laien, Frauen und Männer, in der Ständegesellschaft der katholischen Kirche ohne Mitbestimmungsrechte, dafür jedoch mit zahlreichen Pflichten ausgestattet sind, zerstört die Hoffnung auf einen ernst gemeinten Aufbruch, ist eine Vollbremsung für den Elan der Engagierten und ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die sich auf den Weg gemacht haben, zeitgemäße Strukturen zu erproben und neue geistliche Angebote zu machen. Diese Instruktion trifft die Engagierten bis ins Mark. Sie konterkariert unsere Lebenswirklichkeit als mündige Bürger*innen in einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft. Und sie konterkariert unser tief verankertes Verständnis von der auf der Botschaft Christi und einer partizipativen, gerechten und auf vielen Charismen aufbauenden Kirche.

Wir sind froh, in einem Bistum zu leben, in dem Synodalität, Mitbestimmung und Partizipation seit Langem einen hohen Stellenwert haben. Die Kirche heute und morgen braucht nicht weniger, sondern mehr Beteiligung aller Getauften. Dafür sind Veränderungen notwendig. Die öffentliche Präsentation der Ergebnisse des Projektes „Betroffene hören – Missbrauch verhindern, Konsequenzen aus der MHG-Studie“ des Bistums Limburg hat gezeigt, dass es Frau Schillai, Vorsitzende der Diözesanversammlung, als Vertreterin der Laien und Bischof Georg mit der Umsetzung der entwickelten Maßnahmen ernst ist. Dafür sind wir dankbar. Einige dieser Maßnahmen können nur umgesetzt werden, wenn Kirchenrecht verändert wird. Wir treten entschieden dafür ein.

Als Vorstand der Stadtversammlung der Frankfurter Katholik*innen halten wir es für dringend notwendig, diese Strukturdiskussion auf allen Ebenen zu führen. Der Synodale Weg hat damit begonnen. Dieser Weg muss weiter gegangen werden. Für die Menschen und für die Glaubwürdigkeit des Evangeliums.

Frankfurt, 11. August 2020

Der Vorstand der Stadtversammlung der Frankfurter Katholik*innen